

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft in Niedersachsen –
Regierungserklärung vor dem Niedersächsischen Landtag
am 20. Januar 2015**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

es gibt eine Reihe von aktuellen Anlässen für diese Regierungserklärung.

Wir sind miteinander tief betroffen über die Ermordung der Redaktionsmitglieder von Charlie Hebdo, der Polizisten, der Geiseln in dem jüdischen Kaufhaus in Paris. Und wir sind tief beeindruckt von der Entschiedenheit, mit der die gesamte französische Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat: wir sind eine freie und offene Gesellschaft, wir werden die Pressefreiheit als Ausdruck einer solchen Gesellschaft entschlossen verteidigen.

Gleichzeitig ist uns miteinander bewusst, dass Europa insgesamt in diesem Jahr auch weiterhin Zielschiebe des islamistischen Terrorismus sein kann. Die Erfolge der Polizei in Belgien, aber auch die Geschehnisse bei uns in Niedersachsen sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Und schließlich erleben wir eine spürbare Verunsicherung in unserer Gesellschaft. Da sind auf der einen Seite Demonstrationen von Pegida, Hagida, Bragida und wie sie sich auch nennen mögen. Lassen Sie mich eines deutlich sagen: Auch wenn man den Inhalt dieser Demonstrationen strikt ablehnt, müssen sie möglich sein. Weder Drohungen gegen solche Demonstrationen noch deren Behinderung sind akzeptabel.

Und da sind auf der anderen Seite große, mich tief beeindruckende Demonstrationen, in denen viele tausend Bürgerinnen und Bürger für eine freie und offene Gesellschaft, für Vielfalt und Toleranz auf die Straße gehen. Über 19.000 Menschen sind es in der vergangenen Woche in Hannover gewesen, über 1.500 in Lingen, über 5.000 gestern in Braunschweig. Es ist buchstäblich ein Querschnitt der Bevölkerung, der sich dort versammelt: junge und alte Menschen, Menschen mit und ohne Zuwanderungshintergrund,

Christen, Juden und Muslime – die Vielfalt dieser Demonstrationsteilnehmer ist ebenso beeindruckend wie die Größe der Demonstrationen. Und am Montag der vergangenen Woche haben Landtagspräsident Busemann für den Niedersächsischen Landtag und ich für die Landesregierung klar zum Ausdruck gebracht: Auch die Institutionen unseres Landes stehen ein für ein weltoffenes und tolerantes Niedersachsen.

Unsere offene Gesellschaft steht von verschiedenen Seiten unter Druck. Wie wir mit diesem Druck umgehen, wird auch über die Zukunft unserer offenen Gesellschaft mitentscheiden. Und um eines hervorzuheben: Die überragende Mehrheit in dieser Gesellschaft, die Demokraten innerhalb und außerhalb der Parlamente verfügen über ein hohes Maß gemeinsamer Überzeugungen. Seien wir uns dessen bewusst und zeigen wir diese Gemeinsamkeiten!

Dazu gehört zunächst die absolute Unnachgiebigkeit gegenüber Hass und Gewalt. Zu dem islamistischen Terror kann es in unserem Land keine zwei Meinungen geben, kein Verständnis und keine Toleranz. Das gilt für den Schutz einzelner Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für unsere Demokratie insgesamt. Wir stehen zu einer wehrhaften Demokratie, die selbst die Freiheit gewährleistet, aber auch des Schutzes bedarf. Ich verbinde diese Feststellung mit einem ausdrücklichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Verfassungsschutz, die eine für uns alle wichtige Arbeit verrichten.

Die Ermittlungserfolge bezüglich islamistischer Aktivitäten in Wolfsburg zeigen, dass die Sicherheitsbehörden ihre Arbeit auch effektiv erledigen. Und gleichzeitig wissen wir alle genau, dass keineswegs alle Risiken gebannt werden können. Ich bin überzeugt, es wird derzeit alles Menschenmögliche getan, um die Sicherheit auch bei uns im Land zu gewährleisten. Die sogenannten „Gefährder“, insbesondere die Rückkehrer aus dem Krieg in Syrien und im Irak, stehen unter einer engen Überwachung. Ich habe volles Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Vorratsdatenspeicherung, einem auch in diesem Haus sehr umstrittenen Thema. Es gibt gute Gründe für und gegen eine solche vorsorgliche Speicherung von Telekommunikationsdaten und darauf aufbauende Fahndungsmaßnahmen. Vor allem aber haben das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof hohe Anforderungen an eine Einführung gestellt und es gibt einstweilen kein Konzept, wie diese Vorgaben erfüllt werden können. Obendrein haben leider auch diese Möglichkeiten den Terror in Paris nicht verhindern können. Deswegen rate ich davon ab, den Eindruck zu vermitteln, damit stehe oder falle entweder die Sicherheit oder

der Rechtsstaat in unserem Land. Warten wir besser miteinander ab, dass ein belastbarer und diskussionsfähiger Vorschlag auf den Tisch gelegt wird.

Es geht im Übrigen nicht nur um Fahndung und Ahndung, es muss uns insbesondere auch um Vorbeugung gehen. Gerade die Entwicklung der letzten Wochen hat dies noch einmal in Erinnerung gerufen. Vor diesem Hintergrund ist es sehr gut, dass es Sozialministerin Cornelia Rundt gemeinsam mit den islamischen Verbänden gelungen ist, eine Präventionsstelle gegen „Neo-Salafismus und islamistische Radikalisierung“ einzurichten. An dieser Stelle wird eindrucksvoll deutlich, dass die muslimischen Glaubensgemeinschaften in Niedersachsen die Arbeit gegen den Islamismus zu ihrer eigenen Aufgabe gemacht haben – das ist gut so.

Anrede,

Unnachgiebigkeit gegenüber Hass und Gewalt ist die eine, Unnachgiebigkeit gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist die andere Leitplanke zur Verteidigung einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft bei uns in Niedersachsen. Wer zu den Grundwerten unserer Verfassung steht, muss deutlich widersprechen, wo immer sich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus rühren.

Ich bin sehr froh darüber, dass diese Haltung auf den großen Demonstrationen der vergangenen Tage in einer mich tief beeindruckenden Weise zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben uns bei diesen Bürgerinnen und Bürgern dafür zu bedanken, mit welcher Entschiedenheit sie für ihren Staat auf die Straße gehen.

Gestatten Sie mir, dass ich noch eine Gruppe ganz besonders hervorhebe: Überall in Niedersachsen begegnen mir Menschen, die ganz selbstverständlich und ohne ein Aufheben davon zu machen, Flüchtlingen bei ihren ersten Schritten in unserem Land helfen. Nach meiner festen Überzeugung helfen sie damit nicht nur den betroffenen Menschen, sondern auch unserer Demokratie. Sie setzen ein Zeichen, sie sind die besten Botschafter unseres Landes und sie machen durch ihr Engagement automatisch den Raum enger für Ausländerfeindlichkeit. Ich bedanke mich für dieses Engagement in der Flüchtlingshilfe sehr herzlich und die Landesregierung wird in den nächsten Monaten in geeigneter Weise überall im Land auch diesen Dank zum Ausdruck bringen.

Es sind viele tausend Menschen, die so handeln – viel mehr als in Niedersachsen zu Demonstrationen von Hagida, Bragida oder ähnlichen Initiativen gehen. Manchmal – so füge

ich hinzu – würde ich mir auch wünschen, dass dies in der Berichterstattung stärker zum Ausdruck kommt.

Mindestens in Niedersachsen haben die Ableger von Pegida einstweilen keine sonderliche Resonanz gefunden und ich füge hinzu: Wer damit auch nur liebäugelt, muss wissen, welche Personen oder Organisationen in vielen Fällen dahinterstecken. Es gibt eine Reihe von Beispielen, in denen ein Bezug zum rechtsextremen Spektrum nachweisbar ist, etwa zu der vor einigen Wochen in Hannover durchgeführten Veranstaltung „Hooligans gegen Salafismus“. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss jeder wissen, der sich über eine Teilnahme an diesen Veranstaltungen Gedanken macht.

Gedanken machen müssen wir uns aber auch über Fragen, die sich Bürgerinnen und Bürger stellen. Entwickelt sich unsere Gesellschaft in die richtige Richtung? Wie gelingt uns die Integration von Zuwanderung aus vielen Teilen der Welt? Werden wir auch eine kulturelle Identität bewahren können, die für viele Menschen in unserer Gesellschaft Teil ihres persönlichen Selbstverständnisses ist?

Das sind ernsthafte Fragen, auf die ernsthafte Antworten gegeben werden müssen. Meine Antwort lautet: Von Anfang an war die Geschichte Niedersachsens immer auch eine Geschichte der Zuwanderung und wir sind damit in den vergangenen mehr als 65 Jahren gut gefahren. Erst kamen die Nachkriegsflüchtlinge und die Vertriebenen, dann sog. Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Ministerpräsident Ernst Albrecht holte eine große Anzahl von vietnamesischen Boat-People nach Niedersachsen. Unser Land ist tausenden von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus der früheren Sowjetunion zur neuen Heimat geworden. Seit mehr als zwei Jahrzehnten kommen Flüchtlinge auf der Suche nach Schutz vor Krieg, Verfolgung oder völliger Perspektivlosigkeit zu uns.

Das ist alles auch Teil unserer Landesgeschichte und viele von uns haben aus ihrer persönlichen Familiengeschichte dafür konkrete Beispiele. Die Integration dieser Zuwanderung ist niemals einfach gewesen, sie ist aber – alles in allem betrachtet – gelungen. Niedersachsen ist über die Jahrzehnte nicht schwächer, sondern stärker geworden, nicht ärmer, sondern wohlhabender. Wir haben viele, sehr viele gute Beispiele für eine Integration, die unserer Gesellschaft insgesamt nutzt.

Wahr ist aber auch, dass sich damit unsere Gesellschaft verändert hat. Niedersachsen ist heute bunt und vielfältig. Bei uns leben heute rund 1,4 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, deren Eltern seit 1946 hier eingewandert sind. Von ihnen haben

etwa ein Drittel einen ausländischen Pass, aber zwei Drittel den deutschen Pass. Wir reden über etwa 18 Prozent unserer Bevölkerung, wir reden aber auch über fast ein Drittel der Kinder unter sechs Jahren. In unseren Kindertagesstätten und unseren Schulen wird jeden Tag deutlich, dass die Zukunft unseres Landes von einer Generation mit sehr unterschiedlichen Wurzeln geprägt werden wird.

Ich bin in der vergangenen Woche auf einer Reihe von Neujahrsempfängen von Industrie- und Handelskammern gewesen. Dort bestand in einem große Einigkeit: Wollte sich unser Land ernsthaft abschotten von der Welt, wir würden uns in erster Linie selbst schaden!

Was sind die größten Herausforderungen unseres Landes? Ganz sicher der deutliche Rückgang der Bevölkerung, den uns Prognosen vorhersagen. Vor diesem Hintergrund habe ich mich sehr über die Meldung zum Jahresende gefreut, dass Niedersachsen zum zweiten Mal hintereinander gewachsen ist. Die Zahl der Menschen, die in Niedersachsen leben, hat zugenommen und natürlich ist dies auch eine Folge der Zuwanderung. Die größte Gruppe davon stammt übrigens – dies sei nur am Rande erwähnt – aus Polen. Natürlich sind damit vielfältige Herausforderungen an die Integration verbunden. Gemessen an den Themen einer stark schrumpfenden Gesellschaft handelt es sich dabei aber nach meiner Überzeugung um eine Herausforderung mit wesentlich besseren Perspektiven.

Insbesondere für die Wirtschaft bei uns in Niedersachsen ist die Zuwanderung eine große Hilfe bei der dringend notwendigen Fachkräftesicherung. Qualifizierte junge Menschen helfen dabei, einerlei woher sie kommen.

Anrede,

Teil dieser vielfältigen Gesellschaft bei uns in Niedersachsen sind seit vielen Jahren und Jahrzehnten auch gläubige Muslime. „Der Islam gehört zu Deutschland“, hat der frühere Bundespräsident Christian Wulff bekanntlich festgestellt und Bundeskanzlerin Dr. Merkel hat ihm darin vor wenigen Tagen ausdrücklich beigeplichtet. Es wird Sie nicht wundern, dass ich dies ebenso sehe – aus grundsätzlichen Erwägungen ebenso wie auf der Grundlage unzähliger sehr konkreter persönlicher Erfahrungen, die ich in den vergangenen zehn Jahren gesammelt habe. Gläubige Muslime der unterschiedlichsten Generationen leisten an vielen Stellen unserer Gesellschaft in Niedersachsen wichtige Beiträge – in den Unternehmen und in der Kultur, in den Sportvereinen, den Gewerkschaften, in der sozialen Arbeit oder wo auch immer.

Mein Respekt, unser Respekt gilt all den vielen tausend Muslimen in Niedersachsen, die sich auf diese Weise in unsere Gesellschaft einbringen und sie bereichern. Er gilt auch den großen muslimischen Glaubensgemeinschaften, die sich in vielen Jahren als verlässliche gesellschaftliche Partner für unser Land erwiesen haben. Dies kommt übrigens nicht zuletzt in diesen Tagen zum Ausdruck, wo die großen Weltreligionen in unserem Land – vertreten durch die christlichen Kirchen, durch die jüdischen Gemeinden, aber eben auch die muslimischen Glaubensgemeinschaften – gemeinsam gegen Hass und Gewalt, gemeinsam für Vielfalt und Toleranz stehen.

Es ist kein Geheimnis, dass sich bis heute viele Muslime fragen, wie denn unser Staat zu ihnen und zu ihrem Glauben steht. Nach dieser langen Zeit ist es meines Erachtens an der Zeit, sehr klar zum Ausdruck zu bringen, dass Niedersachsen den Islam und die muslimischen Glaubensgemeinschaften als Teil unserer Gesellschaft anerkennt, respektiert und sie als Partner bei der Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Gesellschaft ansieht. Dies geschieht auf der Grundlage unserer Verfassung, die religiös neutral, aber wertgebunden ist. Wer die Werte des Grundgesetzes und der niedersächsischen Verfassung teilt, der hat dieses Land zum Partner.

Deswegen streben wir einen Vertrag mit den großen muslimischen Glaubensgemeinschaften an, in dem diese Grundsätze niedergelegt werden. Die Bedeutung dieses Vorhabens ist sicherlich im Lichte unserer aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung noch einmal größer geworden. Es wäre deswegen gut, wenn sich dazu ein möglichst großes Einvernehmen hier im Landtag herstellen ließe. Die Landesregierung strebt einen solchen Konsens an und wird in dieser Hinsicht auf die Fraktionen des Niedersächsischen Landtages zugehen.

Und noch etwas ist im Lichte unserer aktuellen Diskussion wichtig: Der Islam gehört zu Deutschland und zu Niedersachsen, der Islamismus hingegen ganz und gar nicht. Fanatismus und Extremismus müssen auf entschlossenen Widerstand in unserem Land stoßen, auch und gerade bei der großen Mehrheit der Muslime. Das ist für die allermeisten nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit und deswegen waren die deutlichen Aussagen der letzten Tage auch alles andere als eine Überraschung. So muss es weitergehen – ebenso wenig wie die Auseinandersetzung mit der Ausländerfeindlichkeit nur den Migranten überlassen werden kann, kann die Auseinandersetzung mit dem Islamismus nicht nur jenseits des Islams stattfinden. Im Gegenteil: Gerade innerhalb der Moscheegemeinden wird, so hoffe ich, an dieser Stelle offensiv die Auseinandersetzung gesucht werden. Ich halte das für zwingend notwendig.

Anrede,

Wir müssen aber nicht darum herum reden, insbesondere die riesigen Fluchtbewegungen auf der Welt und auch ihre Auswirkungen bei uns in Niedersachsen sind der ganz reale Hintergrund vieler aktueller Sorgen. Am Ende des vergangenen Jahres waren es wohl 20.000 Menschen, die in Niedersachsen Asyl beantragt haben. Ich möchte den niedersächsischen Kommunen an dieser Stelle ausdrücklich für ihre Anstrengungen danken, diese Zuwanderer menschenwürdig unterzubringen. Ich bin mir der Herausforderung, die damit verbunden ist, sehr bewusst.

Für das neue Jahr gibt es in dieser Hinsicht Erleichterungen, die auch dringend notwendig gewesen sind. Nicht nur hat das Land seine finanzielle Unterstützung erhöht auf etwa 6.200,00 Euro pro Flüchtling, eine Unterstützung, die jährlich erfolgt und mit der wir im Ländervergleich unter den besonders kommunalfreundlichen Bundesländern stehen. Zumindest für die Jahre 2015 und 2016 ist es auf gemeinsamen Druck der Bundesländer auch gelungen, den Bund erstmals in die Finanzierung der Unterbringungs- und Lebenserhaltungskosten einzubeziehen. Etwa 1.300,00 Euro je Asylbewerber sind damit für niedersächsische Kommunen noch einmal zusätzlich jährlich verbunden. Ich begrüße ausdrücklich dieses Zugeständnis des Bundes, das meines Erachtens allerdings nur ein Einstieg sein kann. Flucht und Asyl zu bewältigen ist nicht nur Aufgabe von Ländern und Kommunen, es handelt sich um eine gesamtstaatliche Herausforderung. Ich bin sicher, ebenso wie Niedersachsen werden auch die anderen Bundesländer an dieser Stelle eine große Beharrlichkeit entwickeln.

In praktischer Hinsicht ist wichtig, dass der Bund sich dazu entschieden hat, seine Liegenschaft mietfrei für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Auch dies wird in vielen Fällen den Druck auf die Kommunen lindern.

Sicher ist allerdings auch: wir müssen noch mehr tun. Insbesondere halte ich es für notwendig, die Dauer der Asylverfahren zu beschleunigen. Es führt nun einmal kein Weg um die Feststellung herum, dass schon die Herkunftsstaaten in vielen Fällen Aufschluss über die Erfolgsaussichten der Asylverfahren geben. Es gibt Staaten mit einer Anerkennungsquote von 99 Prozent, derzeit insbesondere Syrien und Irak. Diesen Menschen muss schneller Sicherheit gegeben werden, dass sie in unserem Land Schutz und Zukunft haben. Es gibt aber auch Staaten mit einer Ablehnungsquote von 99 Prozent, derzeit vor allem aus den Balkanstaaten. Auch in diesen Fällen muss den Betroffenen schneller klar sein, dass sie nicht bleiben können. In Niedersachsen haben wir mit unserem Rückführungserlass

bundesweit sicherlich einen besonderen Akzent gesetzt, wie dies respektvoll, schonend, aber auch konsequent erfolgen wird.

Als ein Flaschenhals bei der Durchführung von Asylverfahren erweisen sich vor allem Personalengpässe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Deswegen haben alle Länder den gemeinsamen Vorschlag unterbreitet, der Bund möge die Kosten entsprechender Verfahren übernehmen, sofern sie länger als drei Monate dauern. Darauf ist der Bund nicht eingegangen, immerhin ist zugesagt worden, für die notwendige Personalausstattung zu sorgen. Wir werden sehr genau zu beobachten haben, ob wir in dieser Hinsicht Fortschritte verzeichnen können.

Unabhängig davon ist eine Lehre der großen Zuwanderung aus der ersten Hälfte der 90er Jahre, dass Maßnahmen zur Integration beschleunigt werden müssen. Das ist übrigens nicht nur im Interesse der betroffenen Menschen, sondern auch der hiesigen Wirtschaft. In vielen Fällen gibt es eine ausgeprägte Bereitschaft des Arbeitsmarktes zur Aufnahme von Flüchtlingen, die wiederum im Durchschnitt über ein bemerkenswertes Qualifikationsniveau verfügen. Auch hierzu haben Gespräche der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung im Dezember echte Fortschritte erbracht, die wir hoffentlich im Laufe dieses Jahres auch praktisch umsetzen werden. Das Arbeitsverbot ist beispielsweise merklich verkürzt worden und damit einer Forderung aus Niedersachsen entsprochen worden. Die Vermittlung auf den Arbeitsmarkt sollte in geeigneten Fällen schon sehr schnell in den Einrichtungen beginnen, so ein kluger Vorschlag von Wirtschaftsminister Olaf Lies. Interessant und unterstützenswert ist auch der Vorschlag, Jugendlichen, die sich in einer Ausbildung befinden, mindestens bis zum Ende dieser Ausbildung eine gesicherte Aufenthaltsperspektive in unserem Land zu geben. Dieser Vorschlag der FDP kann auf die Unterstützung der Landesregierung zählen.

Schließlich werden wir uns auf die Bildungsintegration konzentrieren müssen. Wir stimmen sicherlich alle darin überein, dass für die Integration von Flüchtlingen und ihren Kindern die Sprachqualifikation eine überragende Bedeutung hat. Deswegen konzentrieren wir uns insbesondere auch darauf, Kinder und Jugendliche sehr schnell in die Lage zu versetzen, dem Unterricht in der deutschen Sprache zu folgen. Niedersachsen wird sich deshalb auf der nächsten Integrationsministerkonferenz für ein Teilnahmerecht von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern an Sprachkursen einsetzen.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl von besonderen Sprachlernklassen an allen Schulformen in allen Teilen unseres Landes. Von dem Jahr 2013 bis heute sind sie von 61 auf rund 240

gesteigert worden. Das ist eine Vervierfachung und zeigt den hohen Stellenwert, den wir der Sprachförderung bei Flüchtlingen beimessen. Ich danke Kultusministerin Heiligenstadt sehr für dieses Engagement. Kein Zweifel, wir werden unsere Anstrengungen an dieser Stelle fortsetzen müssen, aber die erzielten Fortschritte sind ermutigend.

Anrede,

wir wissen miteinander nicht, ob sich die Entwicklung der Asylbewerberzahlen aus dem letzten Jahr im Jahr 2015 fortsetzen wird, auszuschließen ist es jedenfalls nicht. Deswegen werden wir weiter intensiv an der damit für alle Beteiligten verbundenen Herausforderung arbeiten müssen. Aus diesem Grunde wird die Landesregierung auf Initiative von Innenminister Boris Pistorius in einer Flüchtlingskonferenz mit den Vertretern der Kommunen, der Freien Wohlfahrtspflege und vielen anderen Akteuren darüber sprechen, welche weiteren Schritte notwendig und auch leistbar sind, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Für mich ist das ein wichtiger Punkt: Wenn unser Staat beweist, dass er unter schwierigen Bedingungen zu angemessenen Lösungen imstande ist, wenn sich dabei alle Beteiligten gemeinsam engagieren und wir auch gemeinsam Fortschritte erzielen – dann stärken wir auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Rechtsstaats.

Anrede,

wir haben etwas zu verteidigen in Deutschland und in Niedersachsen: Eine Gesellschaft, die auf Vielfalt und Toleranz setzt. Wir haben etwas zu verteidigen gegen Hass und Gewalt, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Wir haben zu verteidigen einen Staat, der wie wenige andere auf der Welt eine freie und offene Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg zu verbinden versteht. Wir haben viel zu verteidigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dabei können wir uns stützen auf eine breite Gemeinsamkeit in unserer Gesellschaft, die nach meiner tiefen Überzeugung nicht nur so in Sonntagsreden daher gesagt, sondern in der Substanz tatsächlich vorhanden ist. Das gilt hier im Landtag, das gilt aber auch tief in unsere Gesellschaft hinein.

Ich halte diese Gemeinsamkeit für einen großen Vorzug unseres Landes. Wir sollten sie auch zeigen und demonstrieren. Das Einvernehmen im Grundsatz zu betonen, scheint mir derzeit wichtiger zu sein als manche Differenzen im Detail. Lassen Sie uns diese Gemeinsamkeit in den nächsten Wochen und Monaten pflegen.

Wir haben etwas zu verteidigen und ich bin überzeugt: Wir werden den freien und offenen, aber auch solidarischen Charakter unserer Gesellschaft verteidigen und auch weiterentwickeln. Das können alle von uns sehr persönlich tun, und das sollten wir uns auch gemeinsam als die demokratischen Kräfte in diesem Land vornehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.